

ziös setzte er seinen Nachfolger unter Druck: „Ich wüßte, was ich zu tun hätte, wenn ich im Amt wäre.“

Bedenken, daß der Volkszorn die FDP voll treffen würde, wenn es keine Neuwahlen gibt, wischte Scheel im FDP-Präsidium beiseite: „Da müssen wir durch.“ Noch nimmt sein Nachfolger Genscher den Kommentar leicht: „Sir Walter ist munter.“

Der FDP-Chef und der Kanzler scheinen mittlerweile die einzigen, die nach wie vor keine Schwierigkeiten sehen, am 6. März wählen zu lassen.

Wie Helmut Kohl vorgehen will, erklärte Alfred Dregger letzte Woche vor der CDU/CSU-Fraktion: Auf Kohls Vertrauensfrage sollten Union und FDP erklären, sie hätten das Vertrauen nur „für einen begrenzten Auftrag, der in begrenzter Zeit zu erfüllen ist“, gegeben. Und man könne sagen: „Wir sind bereit, das Vertrauen zu erneuern, vorausgesetzt, daß die Wähler ihrerseits das bestätigen.“

Alles andere, etwa ein Rücktritt des Kanzlers oder ein Rückzug der Minister von CSU oder FDP aus dem Kabinett, so Dregger, wäre „Theater“.

Dabei würde vor allem der Hauptakteur nicht so gut aussehen. Kohl möchte am Tag der Vertrauensfrage den Eindruck meiden, es könne zwischen den Koalitionspartnern einen *realen* Konflikt geben. Genau damit aber stuft er die Vertrauensfrage, die das Grundgesetz für Krisensituationen vorsieht, zu einer bloßen Formalität herab.

Kohl, so Ex-Justizminister Jürgen Schmude, wolle ein „de-luxe-Verfahren: größte Schonung für ihn selbst, größte Verletzung der Verfassung“. Man könne nicht die Milch absichtlich über den Teppich gießen und dann behaupten, die Kanne sei kaputt. Schmude: „Frechheit darf nicht siegen.“

Kommt es dennoch so und macht Carstens mit, dann ist zumindest Rösch – allen taktischen Dementis zum Trotz – entschlossen, den Zweiten Senat in Karlsruhe anzurufen. Die Vorbereitungen zur Klage sind schon getroffen, wie er Carstens am Freitagabend letzter Woche mitteilte.

Vielleicht werden es auch ein paar mehr Kläger; schon werden acht Namen in der Lobby genannt. SPD-Rechtsexperte Alfred Emmerlich: „Hier sitzen 500 Abgeordnete. Ein Narr, wer da auf den Grundsatz vertraute, wo kein Kläger, da auch kein Richter.“

Daß die Klagen zulässig wären, steht außer Zweifel. Jeder Abgeordnete kann als Teil des Verfassungsorgans Bundestag eine sogenannte Organklage erheben, da er durch die Verkürzung der Legislaturperiode in seiner Rechtsstellung als Parlamentarier verletzt wird.

Das Gericht müßte dann als erstes entscheiden, ob es die Wahlen mit einer einstweiligen Anordnung stoppt. Zwar wäre der politische Schaden beträchtlich, wenn Karlsruhe den Wahltermin erst

aussetzt und dann im Hauptverfahren doch zum Ergebnis käme, die Neuwahl sei zulässig.

Aber noch größer wäre das Durcheinander, wenn die Wahl stattfinden könnte, das Gericht sie aber hinterher für ungültig erklärte, weil sie verfassungswidrig zustande gekommen sei. Deshalb, so die Experten-Meinung, „läge der Erlaß einer einstweiligen Anordnung hier besonders nahe“ (der Verfassungsrechtler Wolf-Rüdiger Schenke).

Die andere Möglichkeit: Um es nicht so weit kommen zu lassen, könnte Karlsruhe mit Hochdruck verhandeln und noch vor dem 6. März entscheiden. Das aber würde zu der absurden Situation führen, daß die Parteien sich eine Wahlkampf-Schlacht liefern müßten, während



Postminister Schwarz-Schilling: In der Randzone

zugleich beim Verfassungsgericht ein Verfahren gegen die Wahlen anhinge.

Karl Carstens, so hoffen viele Abgeordnete in stiller Eintracht quer durch die Parteien, werde diesen Schlamassel zu verhindern wissen. Das Risiko, vom Verfassungsgericht wegen einer Fehlentscheidung getadelt zu werden, wolle Carstens nicht eingehen.

Das aber bedeutet: Carstens müßte dem Kanzler rechtzeitig klarmachen, daß er einen Mangel an Ernst bei der Vertrauensfrage nicht übersehen könne. Den rechtlich einwandfreien Vorwand für ein Präsidenten-Veto liefert, in heiterem Juristen-Deutsch, Paragraph 118 des Bürgerlichen Gesetzbuches: „Eine nicht ernstlich gemeinte Willenserklärung, die in der Erwartung abgegeben wird, der Mangel der Ernstlichkeit werde nicht verkannt werden, ist nichtig.“

MINISTER

Verstoß gegen Ziffer neun

Auch ein dubioser Persilschein des Bundestagspräsidenten hilft dem Postminister Schwarz-Schilling nicht aus der Klemme: Nicht nur die SPD, auch ein CSU-Abgeordneter fordert seine Entlassung.

Bundestagspräsident Richard Stücklen (CSU) wollte seine sozialdemokratischen Stellvertreter Annemarie Renger und Georg Leber austricksen. Doch die altgedienten Parlamentsprofis durchschauten das Spiel – gerade noch rechtzeitig. In der Präsidiumssitzung am

Dienstag voriger Woche kam es zum Krach.

Die beiden Vizepräsidenten verwahrten sich dagegen, daß Stücklen den Eindruck erweckt hat, auch die Sozialdemokraten in der Beletage des Bundestags billigten die umstrittenen Praktiken des früheren Industriellen und jetzigen CDU-Postministers Schwarz-Schilling.

Der Medienexperte der Union, so hatte der SPIEGEL (45/1982) enthüllt, war bis zu seiner Berufung ins Postministerium als Mitglied des Bundestags-Wirtschaftsausschusses und Vorsitzender der parlamentarischen Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“ nicht nur aus Idealismus für die Verkabelung der Republik eingetreten.

Die Accumulatorenfabrik Sonnenschein, die Schwarz-Schillings Ehefrau

Marie-Luise gehört, war an der „Projektgesellschaft für Kabel-Kommunikation mbH“ (PKK) beteiligt. Der einstige Sonnenschein-Geschäftsführer Schwarz-Schilling hatte die PKK 1980 mitgegründet und seine Beteiligung von 50 000 Mark erst kurz vor seiner Verurteilung verkauft.

Die Sozialdemokraten prangerten diese Verflechtung von Geschäft und Politik im Bundestag am 10. November an und rügten überdies, daß Kanzler Helmut Kohl ausgerechnet den ehemaligen Geschäftsführer der Accumulatorenfabrik Sonnenschein, die auch von Postaufträgen lebt, zum Minister berufen habe.

Bundestagspräsident Stücklen stellte dem Postminister sofort einen Persilschein aus. In einem Brief an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion Alfred Dregger teilte er mit: Er habe die Vorwürfe gegen Schwarz-Schilling prüfen lassen, von Verstößen gegen den Verhaltens-Kodex für Abgeordnete könne keine Rede sein. Stücklen: „Die Mitglieder des Präsidiums teilen das Ergebnis der Prüfung.“

Davon freilich wollen die beiden sozialdemokratischen Stücklen-Stellvertreter nichts wissen. Im SPD-Fraktionsvorstand erklärten Leber und Frau Renger am Montag letzter Woche, sie seien von Stücklen im Umlaufverfahren nur über die Prüfung der Schwarz-Schilling-Affäre durch Bundestagsjuristen „unterrichtet“, nicht jedoch um eine Stellungnahme gebeten worden.

Sie hätte auch kaum im Sinne des Präsidenten ausfallen können. Denn Stücklens Freispruch für den getarnten Kabel-Lobbyisten Schwarz-Schilling stützt sich auf eine Expertise des „Fachbereichs Parlamentsrecht“, die weniger auf politische Hygiene als auf Gefälligkeit gegenüber dem Parlamentspräsidenten ausgerichtet zu sein scheint.

Die „Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestags“ verpflichten in Ziffer 9 jeden Abgeordneten, der „beruflich oder auf Honorarbasis mit einem Gegenstand beschäftigt ist, der in einem Ausschuß des Bundestags zur Beratung ansteht... vor der Beratung seine Interessenverknüpfung offenzulegen“.

Stücklens Ratgeber argumentierten, Schwarz-Schilling habe dieser Order mit dem Hinweis im Bundestagshandbuch auf seine Tätigkeit als Sonnenschein-Geschäftsführer Genüge getan. Der CDU-Mann sei nicht verpflichtet, „gemäß Nr. 9 die Bindung der Firma Sonnenschein an der PKK anzugeben“.

Kein Wort verlieren die Gutachter über die Ziffer 11 der Verhaltensregeln, die Abgeordnete „in Zweifelsfragen verpflichtet, durch Rückfragen beim Präsidenten beziehungsweise beim Präsidium sich über die Auslegung der Bestimmungen zu vergewissern“.

Nach dem Rechtsempfinden der Bundestagsjuristen und ihres Chefs Stücklen war es demnach völlig in Ordnung, daß

... der Gesundheit zuliebe: Hestia Tiefeninhalator.

Das ideale Heimgerät zur Behandlung von Erkrankungen der Atemwege und Atmungsorgane



Hestia Tiefeninhalator DM 348,-*
Und für die Reise den
passenden Lederkoffer DM 149,-*
*Unverbindliche Preisempfehlung

Hestia Tiefeninhalator: Für medizinisch wirksame Tiefeninhalation.

Medizinisch wirksam inhalieren heißt, daß mit dem inhalieren Medikament die tiefsten und feinsten Verästelungen der Bronchien und Lunge erreicht werden. Medizinisch wirksam inhalieren heißt aber auch, daß höchste Anforderungen an die Hygiene erfüllt werden, die eine Ansteckungsgefahr oder auch Selbstansteckung bei wiederholter Inhalation ausschließen. Und: Eine medizinisch wirksame Inhalationskur zuhause sollte einfach, zeitsparend und bequem durchzuführen sein.

Hestia Tiefeninhalator erfüllt alle diese Forderungen für medizinisch wirksame Tiefeninhalation zuhause:

- **Sehr großer lungengängiger Anteil des vernebelten Inhalates; dadurch medizinische Tiefenwirkung bis in die feinsten Verästelungen der Lunge.**
- **Hygienische Vollreinigung des gesamten Handteils durch Auskochen, Sterilisation bis + 125° C.**
- **Bequeme Einhandbedienung, TÜV-geprüfte Sicherheit.**
- **Geeignet für alle Inhalate zur Trockeninhalation.**

Hestia Tiefeninhalator: Tiefer und befreiter atmen.

HESTIA
MANNHEIM

Hestia Pharma GmbH
6800 Mannheim 31

Nur in Apotheken und im Sanitätsfachhandel

der Sonnenschein-Geschäftsführer Schwarz-Schilling im Wirtschaftsausschuß des Bundestages detaillierte Kenntnis der Geschäftspläne der Post erfragte – samt und sonders von größtem Interesse für die PKK.

Am 28. Oktober 1981 reichte Schwarz-Schillings Wissensdurst im Wirtschaftsausschuß für neun Fachbereiche, vom „Wettbewerb im Fernmeldebereich“ über die „Nationalität der Breitbandverkabelung“ bis zum „Rosinenpicken bei Weitervermietung des Netzes durch Private und der Errichtung von Gemeinschaftsantennen durch die Post“.

Am 12. Mai dieses Jahres interessierte er sich für die „konkreten Pläne der Bundespost für die Breitbandverkabelung“ bis hin zur „Haltung der Bundespost zur privaten Netzträgerschaft“.



Bundestagspräsident Stüchli, Vize Annemarie Renger: Kollegen nur unterrichtet

In der Enquete-Kommission ließ Schwarz-Schilling zwei Gutachter zu, Heinz Jürgen Bien (Augsburg) und Volker Remme (Münster), die sich später als PKK-Anteilseigner entpuppten. Für SPD-Experten liegt der Verdacht nahe, daß „durch inhaltlich ähnliche Stellungnahmen bei gleichgerichteter Interessenslage eine gewollte und gezielte Meinungsbildung beabsichtigt war“. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Gerhard Jahn: „Ich glaube, daß das intensive Abfragen von wirtschaftlich erheblichen Positionen im Wirtschaftsausschuß und das Nicht-Offenlegen seiner medienpolitischen Bindungen in der Enquete-Kommission ein eindeutiger Verstoß gegen Ziffer 9 der Verhaltensregeln sind.“

Die PKK ist inzwischen nicht untätig geblieben: Vom Postministerium fordert sie einen weitreichenden Rahmenvertrag, der ihr als erste private Gesellschaft

ein saftiges Stück vom Kabelgeschäft sichern soll.

Mit einem solchen Vertrag könnten die Kabelleger den Postlern in nahezu allen Bereichen künftiger Fernmeldekommunikation Konkurrenz machen. Die Vertragsbestimmungen würden es der PKK unter anderem erlauben, in einzelnen Regionen ein privates Breitbandkabel-Monopol zu errichten.

Die Auflösung des bislang von der Post verteidigten Fernmelde-monopols wäre ohne Änderung des Fernmeldegesetzes möglich. Es genüge, so sicherte Schwarz-Schilling Anfang November bei einer Besprechung in Bonn Vertretern der Fernmeldeindustrie zu, „bestehende Gesetze liberal“ auszulegen.

In der Zwischenzeit tritt sein ehemaliger Geschäftspartner, PKK-Geschäfts-

be, so Gerhard Jahn, bleibe die Beziehung zwischen Post und Unternehmen dennoch „in einer Randzone zwischen Recht und Stil, und vom Stil her ist sie mit Sicherheit nicht vertretbar“.

Von Stücklen verlangte Wehner bereits vor mehr als zwei Wochen eine Untersuchung der Aktivitäten Schwarz-Schillings im Wirtschaftsausschuß – bislang noch ohne Resonanz aus der Präsidentschaftstage. Für Wehners Jahn geht es dabei nicht nur um die Zukunft Schwarz-Schillings, sondern auch um das Verhalten des Parlamentspräsidenten: „Stücklen soll zeigen, wie ernst er die Prüfung meint und die Kungelei offenbar werden läßt. Was der Präsident bisher gemacht hat, ist nicht in Ordnung.“

Schützenhilfe erhalten die Sozis inzwischen auch aus der Union. Der CSU-Abgeordnete Günther Müller forderte seinen Kanzler am Freitag letzter Woche auf: „Bewahren Sie Ihren Ruf, vermeiden Sie auch nur einen Hauch von Korruption, entlassen Sie den Bundesminister für Post und Fernmeldewesen.“

GRUNDIG

Wie auf dem Basar

Mit der Übernahme von Grundig käme die französische Staatsfirma Thomson-Brandt dem Ziel näher, die Führung in der europäischen Unterhaltungselektronik zu übernehmen – auf Kosten deutscher Arbeitsplätze.

Ain Gomez, Chef des französischen Konzerns Thomson-Brandt, hatte es eilig. Gleich nachdem er mit dem Führer TV-Unternehmer Max Grundig einig war, flog der Staatsmanager noch am späten Abend mit Grundigs Privatjet nach Paris zurück.

Am nächsten Morgen, Freitag vorvergangener Woche, legte Gomez dem französischen Industrieminister Jean-Pierre Chevènement die Absichtserklärung vor, wonach Thomson 75 Prozent der Grundig-Anteile zum Preis von knapp einer Milliarde Mark übernehmen soll. Chevènement war einverstanden. Wenige Stunden später gab ein Pressesprecher den neuesten Coup des im Frühjahr verstaatlichten Unternehmens bekannt.

Anderntags feierten die Pariser Zeitungen die Akquisition des größten französischen Elektronikonzerns als eine historische Entscheidung, die ganz Europa unter der Führung Frankreichs vor der japanischen Elektronikflut rette.

In der Tat wird Thomson-Brandt, wenn die Franzosen die Grundig-Werke übernehmen, mit einem Schlag zum größten Anbieter von Fernseh- und Videogerät in Europa. Im Weltmaßstab wird das Unternehmen, das bislang mit 130 000 Mitarbeitern rund 16 Milliarden Mark umsetzt, dann an vierter Stelle

führer Peter Rump, im Postministerium auf, „als wäre er der Minister persönlich“, so ein hoher Ministerialer. Die PKK jedenfalls gehe davon aus, daß der für sie sehr vorteilhafte Rahmenvertrag „noch vor Weihnachten“ abgeschlossen wird.

Bei den Sozialdemokraten wächst die Zuversicht, daß sich die Affäre Schwarz-Schilling zu einem handfesten Skandal auswachsen könnte. Der erste Rücktritt eines Ministers des Kohl/Genscher-Kabinetts wäre ein gefundenes Fressen für den bevorstehenden Wahlkampf.

Fraktionschef Herbert Wehner hat bereits zum Doppelschlag ausgeholt. In einem Brief forderte er Kanzler Kohl auf, angesichts der konkreten Vorwürfe die Reinwäsche für seinen Minister zu überprüfen. Auch wenn Schwarz-Schilling die Sonnenschein-Geschäftsführung seiner Frau Marie-Luise übertragen ha-